

Fachdienst Umwelt und Strasse
Team Straße und Verkehr
Herr Dierken

Tel.: 1678 Fax: 1796 Az.: DH 66.81 Diepholz, den 13.11.2008

Gutachten zur Verbesserung des ÖPNV im Landkreis Diepholz
Hier: Protokoll über die Präsentation des Gutachtens für die Gemeinden am
11.11.2008 in Diepholz, Großer Sitzungssaal

Nordkreis:

Beginn: 14:00 Uhr

Ende: 15:50 Uhr

Südkreis:

Beginn: 16:15 Uhr

Ende: 17:30 Uhr

Teilnehmer:

s. anliegende Teilnehmerliste

Herr van Lessen begrüßt die Anwesenden und führt in die Thematik ein und gibt sodann den Hinweis, dass alle sich im Anschluss an diese Veranstaltung noch ergebende Fragen und Standpunkte auch in weiterführenden Gesprächsterminen zwischen dem LK und den einzelnen Gemeinden erörtert werden können. Hierzu bestehe bis Ende November Gelegenheit, aber nicht darüber hinaus im Hinblick auf die noch nötigen politischen Beratungen in den Kreisgremien.

Herr Knoblich stellt das Gutachten vor gemäß der anliegenden Präsentationsvorlage.

Hinweis: Allen Teilnehmern wurde inzwischen die Präsentationsvorlage in digitaler Form zur Verfügung gestellt.

Aus dem Bereich der Nordkreisgemeinden ergeben sich folgende Diskussionsbeiträge:

Herr Wiesch (Samtgemeinde Bruchhausen-Vilsen) beanstandet die Planungen bezüglich der Linien 150,153,102 (neu:101) und gibt zu bedenken, dass es keine zeitgerechten Bahnanschlüsse in Syke Richtung Diepholz gebe. Darüber hinaus würde sich die Fahrtzeit im Bus von Bruchhausen-Vilsen nach Bremen auf 83 Minuten erhöhen, was unattraktiv sei. Das Ergebnis der Planungen sei nicht zufriedenstellend und er sehe hier noch Verbesserungsbedarf. Wirkliche Verbesserungen könne es auch schon deshalb nicht geben, so Herr Wiesch, weil der Landkreis keine zusätzlichen Mittel bereitstellen will. Man müsse aber das ÖPNV-Angebot im ländlichen Raum auch faktisch verbessern, um dem Phänomen der „Landflucht“ zu begegnen. Auch die Politik müsse sich darüber Gedanken machen und nötigenfalls die Prioritäten für die Verwendung von Haushaltsmitteln ändern. Herr Wiesch sieht hier noch weiteren, konkreten Gesprächsbedarf.

Herr van Lessen entgegnet, dass die Kreispolitik ihre strategische Ausrichtung auch vor dem Hintergrund einer erhöhten Ausgabedisziplin klar formuliert habe. Demnach würde eine Verbesserung des ÖPNV-Angebotes in Form einer gravierenden Erhöhung der

Verkehrsleistung, welche zu einer haushaltsmäßigen Mehrbelastung führt, nicht unbedingt als Schwerpunkt gesehen werden.

Herr Martens von der Gemeinde Stuhr weist darauf hin, dass der Gutachterplan nicht mit den „Vorgaben“ und Zielsetzungen des Nahverkehrsplanes überein stimmt. **Herr Knoblich** stimmt dem zu. Allerdings würde der kürzlich fortgeschriebene Nahverkehrsplan auch die derzeitige Situation nicht widerspiegeln und sei von dem Ist-Zustand ebenfalls weit entfernt. **Herr van Lessen** bestätigt diese Aussage und ergänzt, dass es – wie so oft – nicht immer möglich ist, hehre Ziele mit den Möglichkeiten ihrer Umsetzbarkeit in Einklang zu bringen.

Herr Vogel stellt ergänzend klar, dass man einfach eine Aussage habe bekommen wollen, was es auch unter monetären Gesichtspunkten bedeute, wenn man alle Vorgaben des Nahverkehrsplanes umsetzt. Insoweit musste der Landkreis dann in einem zweiten Schritt wieder etwas „zurückrudern“. Der Nahverkehrsplan enthalte vom Verständnis her eher Wunschvorstellungen, besonders unter dem Aspekt der Finanzierbarkeit.

Herr Kück von der Stadt Syke möchte genauer differenzieren zwischen dem ÖPNV und dem eigentlichen Schülerverkehr. Demnach sei dieses Gutachten überwiegend auf den Schülerverkehr abgestellt worden, man könne aber nicht die Beförderung von Schülern mit dem „eigentlichen“ ÖPNV und den Bedürfnissen anderer Fahrgäste in einen Topf werfen.

Herr Thomsen von der Gemeinde Stuhr sieht die Verknüpfung mit dem Schülerverkehr eher positiv aufgrund der Option, dadurch neue, zusätzliche Fahrgäste zu gewinnen. Dies müsse aber durch begleitende Marketingmaßnahmen entsprechend unterstützt werden.

Herr Martens richtet die Frage an den Gutachter, ob in dem Entwurf auch Schülerzahlenprognosen berücksichtigt wurden und ob man bedacht habe, das sich auch Schuleinzugsbereiche ändern können. **Herr Knoblich** verneint die Frage. Derartige Entwicklungen mit hinreichender Planungssicherheit seien nicht vorhersehbar. **Herr van Lessen** appelliert an dieser Stelle an die Gemeinden künftig noch enger die Schulstandortpolitik mit dem Träger der Schülerbeförderung und dem Träger der Nahverkehrsplanung abzustimmen. Alle Informationen diesbezüglich, aber auch zum Beispiel die neuen Schülerzahlen für ein neues Schuljahr sollten so früh wie möglich dem Landkreis zugänglich gemacht werden. In diesen Bereichen seien erhebliche Vorlaufzeiten einzuplanen.

Herr Vogel weist darauf hin, dass im Zusammenhang mit den Schulstandorten auch noch die Frage der Schulzeitenstaffelung nicht endgültig geklärt sei. Auch diese Thematik müsse noch mit den Gemeinden diskutiert und abgearbeitet werden. Auf die Frage von Herrn Wiesch berichtet Herr Vogel über eigene Erfahrungen hinsichtlich der Umstiege und der Verknüpfungen mit der Bahn. Die Umstiegsmöglichkeit von Bus auf Bahn am Standort Syke würde stark genutzt werden. Im weiteren Verlauf der Strecke Richtung Bremen würden aber nicht mehr viele Zustiege zwischendurch erfolgen. Eine Optimierung der Bahnanschlüsse in Syke in Richtung Norden und gleichzeitig in Richtung Süden war nicht möglich. Aufgrund des Einzugsbereiches des Oberzentrums Bremen hat man sich dann für eine Optimierung der Verknüpfungen Richtung Norden entschieden.

Herr Wiesch wiederholt seinen konkreten Gesprächswunsch und regt an, auch über eine Verringerung der Haltestellen auf der 101 (neu) nachzudenken, um dadurch eine Verkürzung der Fahrtzeit zu erreichen.

Herr Werft von der Stadt Twistringen erkundigt sich nach dem weiteren Vorgehen und möchte wissen, wer nun auf wen zukommt hinsichtlich der Erörterung noch offener Fragen. **Herr Knoblich** bestätigt, dass alle bis dato eingegangenen Stellungnahmen der Gemeinden auch gewürdigt wurden, jede Anregung wurde entsprechend kommentiert.

Herr Vogel und **Herr van Lessen** erklären gemeinsam, dass der LK zu jeder einzelnen Frage, soweit noch nicht geschehen, Stellung nehmen werde. Dies betrifft auch weitere Detailvorschläge, allerdings müsse der verfügbare Zeitrahmen immer im Blick bleiben. Auf Anregung von **Herrn Kück** werden auch die im Landkreis verkehrenden Bürgerbusse

nachrichtlich aufgenommen werden. Die Fahrtzeiten werden mit dem übrigen ÖPNV-Angebot abgestimmt werden, so **Herr van Lessen**. Die weitere Frage von Herrn Kück, ob die Einrichtung von zusätzlichen Ganztagschulen hilfreich wäre zur Verringerung von Verkehrsleistungen in der Schülerbeförderung, wurde verneint. Dies hängt damit zusammen, dass im Kreisgebiet nur freiwillige GTS'en zugelassen werden.

Herr Petersohn von der Gemeinde Weyhe weist auf noch zu ändernde Streckenverläufe mit neuen Haltestellen hin aufgrund des geplanten Brückenabrisses in Lahausen im kommenden Jahr. *Hinweis: Der Vorgang ist beim LK bekannt.*

Aus dem Bereich der Südkreisgemeinden ergeben sich folgende Diskussionsbeiträge:

Herr Denker von der Samtgemeinde Schwaförden entgegnet auf den Hinweis des Gutachters hinsichtlich der dortigen „verkehrten“ Schülerströme, dass das Schulanangebot über dem Beförderungsangebot stehe und man hier aus Sicht der Samtgemeinde unterschiedliche Prioritäten setze. **Herr van Lessen** erläutert, dass dieses Aussage nicht als Kritik zu verstehen sei, sondern nur die Sichtweise des Trägers der Schülerbeförderung widerspiegele.

Auf die Frage, was es mit den zur Zeit laufenden Anhörungen der Landesnahverkehrsgesellschaft (LNVG) auf sich habe, erklärt **Herr Schulz** vom Weser-Ems-Bus, dass dies nur die Verlängerung von auslaufenden Konzessionen bereits bestehender Linien betrifft.

Herr Vogel bittet alle Gemeinden darum, eine verbindliche Aussage zu den zusätzlichen Haltestellen, soweit sie das jeweilige Gemeindegebiet betreffen, abzugeben. Der LK werde kurzfristig eine Übersicht mit allen geplanten Veränderungen im Haltestellennetz zur Verfügung stellen. Die Gemeinden können im Falle, dass für die Neueinrichtung von Haltestellen Investitionen getätigt werden (müssen), den Förderfonds des ZVBN in Anspruch nehmen. Ein Ausbau aller neuer Haltestellen nach ZVBN-Standard sei aber keineswegs gefordert.

Herr Schnickels von der Samtgemeinde Rehden schlägt vor, die geplante Einrichtung der Haltestelle in Wetscherhardt nicht zu realisieren. Die Gründe dafür seien offenkundig.

Herr Vogel und Herr Fredrich ergänzen gemeinsam, dass auch in der Frage der Haltestellen noch Detailgespräche zu führen seien und der LK dafür jederzeit zur Verfügung stünde. Der Ausbauzustand einer Haltestelle könne im Ergebnis sehr unterschiedlich sein. Ansprechpartner in diesen Fragen seien Herr Fredrich oder Herr Dierken.

Herr Schwarze von der Stadt Diepholz fragt nach Fahrgastzahlen für die gestrichenen Wochenendfahrten im Gebiet der Stadt Diepholz. **Herr van Lessen** erläutert die Kriterien, nach denen der Bedarf für bestimmte Fahrten ermittelt wird. Grundsätzlich wird ein dauerhafter Bedarf angenommen, wenn eine Zählung mehr als 8 Fahrgäste ergeben hat. Fahrten, für die keine Zählergebnisse vorliegen, werden nach den Fahrgeldeinnahmen beurteilt. Herr Schwarze könne davon ausgehen, dass für alle gestrichenen Fahrten auch faktisch kein Beförderungsbedarf besteht, der diese Angebote rechtfertigen würde. Dies gilt auch nur für die hier betroffenen Linien der Bedienungsebene 3, die ausschließlich dem Schülerverkehr dienen und keinen angebotsorientierten Charakter haben.

Abschließend führt **Herr Knoblich** aus, dass nicht die Streichung von Fahrten im Vordergrund stünde, sondern auch im Südkreis durch die Neuordnung Verbesserungen erzielbar seien, insbesondere gelte dies für die Anbindung an den Schienenverkehr, so zum Beispiel am Bahnhof Barnstorf.

gez.

Dierken